

Telegraphische Depeschen und Nachrichten

Königsberg i. Pr., 4. Dez. In Stelle von Möller wurde heute der Kreisrichter Meibauer mit 466 Stimmen zum Abgeordneten gewählt. Gegenkandidaten waren der Vicepräsident Becker, der 30, und Sauten-Julienfeld, der 16 Stimmen erhielt.

Kassel, 4. Dez. Durch Ministerialauschreiben vom 28. v. Mts. wird der Landtag des Kurfürstenthums auf den 17. Dezbr. einberufen.

Preußen.

Berlin, 4. Dez. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Landrath des Kreises Osterburg, Kammerherrn Grafen von der Schulenburg-Hohenberg, den rothen Adler-Orden dritter Klasse und den Legations-Sekretär bei der Gesandtschaft in Karlsruhe v. Neumann die vierte Klasse dieses Ordens; dem Oberst-Lieutenant a. D. Freiherrn Senft von Pilsach auf Sandow, Kreis Sternberg, den königl. Kronen-Orden zweiter Klasse; so wie dem früheren Ober-Bürgermeister von Nachen, Geheimen Regierungs-Rath Gmundts zu Burscheid, Landkreiskassen, und dem großherz. badischen Kammerherrn und Stadtdirector von Baden, Freiherrn Goeler von Ravensburg, den königl. Kronen-Orden dritter Klasse zu verleihen; den Staatsanwalt Henke in Marienwerder zum Staatsanwalt bei dem Stadt- und Kreisgericht in Magdeburg zu ernennen; und den Kreisgerichts-Director v. Wurmb in Neumarkt in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Glogau zu versetzen; so wie dem Provinzial-Steuer-Secretär Sell zu Köln bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.

Der bisherige Kreisrichter Seger in Nimptsch ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Glogau und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neurode, ernannt worden.

[Se. Majestät der Königs] nahmen heute die Vorträge des Hausministers Freiherrn von Schleinitz und des Polizei-Präsidenten von Bernuth entgegen und empfingen den General-Arzt Dr. Köppler. (St.-Anz.)

K. C. Berlin, 4. Dez. [Mit der gestern beschlossenen Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herrn v. d. Heydt] hat das Haus der Abgeordneten einen Grundlag hingestellt, der im ganzen Lande von allen denen freudig begrüßt wird, welche das wichtige staatsbürgerliche Recht, die Freiheit der Wahl, aufrecht erhalten wissen wollen. Der Beschluß des Hauses bedeutet: jeder Versuch einer Wahlbeeinflussung soll zurückgewiesen werden; jede Wahl, bei der eine unzulässige Wahlbeeinflussung in einem einigermaßen bedeutenden Umfange nachgewiesen ist, hat die Vermuthung der Ungültigkeit in sich. Es wird das ein wirksamer Hebel für alle solche Wahländerungen sein, wie sie bei den letzten Wahlen an vielen Stellen mit der ungerühtesten Offenheit betrieben sind; es wird eben so den verfassungstreuen, freimüthigen Wählern ein Anreiz sein, alle ähnlichen Wahländerungen an den Tag zu bringen und rücksichtslos aufzudecken, wo sie etwa sich mehr verhehlt haben sollten; es wird allen preussischen Wählern das ermutigende Gefühl geben, daß sie beim Hause der Abgeordneten noch Rechtsschutz finden. Dies ist um so wichtiger, als bereits aus verschiedenen Theilen des Landes die Nachrichten einlaufen, daß die verfassungsfreudige Partei ihre Wahloperationen ganz in der früheren Weise wieder aufgenommen hat, oder, wohl noch richtiger gesagt, ununterbrochen fortsetzt. Die Freunde der verfassungstreuen Partei im Lande werden daher wohl thun, die Bedeutung des gestrigen Beschlusses des Abgeordneten-Hauses nach Kräften hervorzuheben und bekannt zu machen.

[Die Justizcommission] hat den Bericht ihres Referenten, Abg. Zimmermann, über die einstweilige Freilassung der drei polnischen Abgeordneten festgestellt. Derselbe kommt in der zweiten Plenarsitzung der nächsten Woche zur Berathung.

[Friedliche Beseitigung der schleswig-holstein'schen Angelegenheit.] Die „B. u. S.-Z.“ schreibt: Alle Nachrichten, sowohl die hier in gewöhnlich unterrichteten Kreisen verbreiteten, als auch die von Wien, Frankfurt und Kopenhagen kommenden vereinigen sich, es wahrscheinlich zu machen, daß die schleswig-holstein'sche Angelegenheit zu weiteren Verwickelungen nicht führen werde. Seit der Ankunft des Kammerherrn v. Friminger, der von dem Könige Christian IX. an die Spitze der beiden deutschen Großmächte abgeordnet ist, um die Thronbesteigung seines Souveräns förmlich zu notificiren, zugleich aber auch dessen Bereitwilligkeit zur Befriedigung der gerechten Ansprüche des deutschen Bundes auszusprechen, ist hier die Ueberzeugung vorherrschend, daß wahrscheinlich noch vor der förmlichen Ausführung der Executionsmaßregeln der Weg der Verhandlungen von neuem beschritten werden dürfte. Daß allerdings keine Aussicht vorhanden ist zu einem Arrangement, welches die Erbvertragskette ganz von Dänemark abtrennt oder auch nur die Successionsordnung in Holstein ändert, auf diesen Wegen zu gelangen, braucht in Anbetracht der bekannten Stellung der beiden deutschen Großmächte zu den londoner Fesslungen nicht erst gesagt zu werden.

[Die englische Post.] Einer telegraphischen Benachrichtigung an das General-Post-Amt zufolge ist die englische Post, aus London früh den 3. d. Mts., am 4. d. Mts. früh in Köln noch rückständig gewesen.

Stettin, 3. Dez. [Nichtbestätigung.] Der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Grabow zum Beigeordneten des Magistrats und Stellvertreter des Bürgermeisters gewählte Dr. Zentisch, welcher als Wahlmann für die liberalen Candidaten gestimmt hatte, ist, wie die „Oder-Zeitung“ meldet, von der Regierung nicht bestätigt worden.

Danzig, 3. Dez. [Oberbürgermeister v. Winter.] Wie das „Danz. D.“ meldet, ist der Oberbürgermeister v. Winter schwer erkrankt.

Deutschland.

In Sachen Schleswig-Holsteins.

München, 2. Dez. [Die Adresse an den König.] Die von den beiden Gemeindecolliegen der Residenzstadt an Se. Majestät den König gestern abgeschickte Adresse lautet:

„In erster Stunde wenden sich die allerunterthänigst unterzeichneten beiden Gemeindecolliegen von München an Ew. Igl. Majestät. Die Ebre Deutschlands ist in Schleswig-Holstein verpfändet, und ihre Erlösung die heiligste unabsehbare Aufgabe. Alle Gemüther sind in fieberhafter Aufregung, und alle Blicke richten sich nach dem Monarchen, der von jeher die festeste Stütze der Rechte Schleswig-Holsteins gewesen. Ueberzeugt, daß Ew. Igl. Majestät mit vollem Herzen in dieser schweren Stunde zu Ihrem Volke stehen, erlauben sich die beiden Gemeindecolliegen in tiefer Treue und Anhänglichkeit dem einstimmigen Wunsche der Hauptstadt und des ganzen Vaterlandes Ausdruck zu geben, und die Bitte an Ew. Igl. Majestät zu richten, in Ihre getreue Hauptstadt zurückzukehren, welche Ihrer Anwesenheit mit heißer Sehnsucht entgegenfiehet und Sie mit Jubel begrüßen wird.“

München, 1. Dez. 1863. [Folgen die Unterschriften.] Der Rector der münchener Universität, Prof. Dr. Pöhl, theilt in der „Nar-Zeitung“ folgendes Faktum mit:

Am 28. v. M. hatten aus Anlaß des Geburtsfestes des Königs die Professoren der münchener Universität zu einem Diner sich vereinigt, wobei auch ein Toast auf die tiefer Professoren ausgebracht, und deren patriotischer Haltung die Anerkennung der Versammlung ausgesprochen wurde. Auf den Wunsch dieser wurde der Toast sofort an den Rector der Universität Kiel telegraphirt. Am 30. v. Mts. Abends erhielt Rector Dr. Pöhl die folgende Antwort: „Ihr Telegramm vom 28. d. Mts. an den Rector der Universität Kiel kann wegen Unzulässigkeit seines Inhalts nicht an den Adressaten ausgeliefert werden. Königl. Telegraphen-Station Kiel.“

*** Dresden, 4. Dezbr.** [Aus der sehr langen Antwort des Ministers v. Beul] auf eine die schleswig-holstein'sche Frage betreffende Interpellation (s. die telegr. Dep. im heutigen Morgenblatt) theilen wir den Schluß mit:

„Sachsen hat damals (als der londoner Vertrag unterzeichnet wurde) die Sache mit der größten Vorsicht angefaßt. Es ist nicht geschehen, daß man das Protokoll mit unterschrieben, oder ein Zusatzprotokoll mitunterzeichnet hat, es ist auch in der Erwiderungsnote, welche an die verschiedenen Mächte erging, nicht das Wort „Beitritt“, sondern das Wort „Beistimmung“ gewählt worden, und daß das nicht ein Wort war, auf das man seinen Werth gelegt hat, geht daraus hervor, daß in dem Concepte, das sich bei den Allen befindet, das Wort „Beitritt“ ausgetrichen, und dafür „Beistimmung“ gesetzt wurde. Demnach aber, und das ist viel wichtiger, wurde ausdrücklich vorbehalten, und in die Erwiderung gesetzt, daß die sächsische Regierung mit dieser Beistimmung nicht gemeint sei, den Beschlüssen, welche der deutsche Bund durch das Organ der Bundesversammlung einmal in dieser Frage zu fassen in die Lage kommen könnte, irgendwie vorzugreifen. Dieser Vorbehalt ist aber von der Regierung in ihrer Gesamtheit, noch ehe ich meine Erklärung abgab, geprüft worden, und man war einstimmig und ohne Bedenken überzeugt, daß die Ansicht der sächsischen Regierung dadurch vollkommen frei gestellt sei in ihrer Abstimmung, und von dieser Freiheit wird sie den unbedingtesten Gebrauch machen. Sie ist durch diesen Vorbehalt in eine ganz freie Lage gestellt, abgesehen von dem Umstande, daß alle die Vorbedingungen und Voraussetzungen, auf welche die damalige Zustimmung zum Protokoll sich gründet, nicht verwirklicht worden, und daß also von dänischer Seite die Forderungen, welche die sächsische Regierung ernst nehmen zu dürfen glaubte, sich nicht bewährt haben. Nun, meine Herren, werden sie sagen, und mit Recht, daß man in diesem Saale und außerhalb desselben mehr erwartet und verlangt, als die Aufklärung darüber, was die Acten des sächsischen Ministeriums in der Sache des Protokolls enthalten. Ich hatte gehofft, als ich gestern die Verantwortung für heute zusagte, daß es mir möglich sein würde, der Kammer gute Nachrichten zu bringen, ich hatte gehofft, daß gestern endlich in Frankfurt der schon längst erwartete Beschluß gefaßt sein würde; es ist nicht geschehen; unsere und Ihre Geduld wird noch eine Probe zu bestehen haben. Indes rechne ich darauf, daß der morgende Tag nicht in der Weise verstreichen werde, wie der gestrige. Die Regierung befaßt das Bögere aufrecht, aber ich spreche nur die Ueberzeugung aus und verbede damit nicht, was ich verbeden möchte, wenn ich sage, man beunruhige sich nicht so sehr über das Bögere. Es wäre das Bögere trostlos, wenn es herborginge aus Mangel an gutem Willen und aus Mangel an Entschlossenheit der verschiedenen deutschen Regierungen. Das ist nicht der Grund. Guter Wille, für deutsches Recht und deutsche Interessen einzutreten und rasch, entschieden vorzugehen, er besteht in Berlin und Wien so gut wie in den mittlern und kleinern Staaten. Der Aufenthalt, der hierbei eingetreten ist, liegt darin, daß der Standpunkt, den die sächsische Regierung in der Kammer eingenommen hat, festgehalten wurde, im Gegensatz zu andern Ansichten, welche vielleicht ein augenblickliches rascheres Handeln zur Folge hätten, aber wobei nach unserer Ansicht nicht die Autorität des Bundes und die Frage, um deren Lösung es sich wesentlich handelt, für eine Entscheidung vollkommen gewahrt bleiben würden, und daran halten wir fest. Wir wollen gern zugeben und erkennen es sehr wohl an, daß die beiden deutschen Großmächte wichtige Gründe haben, so zu verfahren, wie sie es thun, allein wir glauben auf anderer Seite, wie ich es bereits in meiner letzten Erklärung ausgesprochen habe, daß sie keine gerechten Gründe haben, das Verfahren, wie meine letzte Erklärung es andeutete, zu beanstanden. Denn wie große Rücksichten sie auch darauf zu nehmen haben, daß ihr Wort nicht in Zweifel gezogen werde, daß das treue Festhalten an dem gegebenen Versprechen, an den einmal eingegangenen Verpflichtungen nicht wankend gemacht werde, so ändert das doch nichts an der Wahrheit des Satzes, daß der londoner Vertrag den Bundesvertrag, der älter ist, nicht alteriren konnte, weil er unter anderen Contrahenten abgeschlossen wurde, als der londoner Vertrag abgeschlossen ist. Die Bundesakte und die Schlussakte können nicht davon berührt werden; und halten wir auf diesem Standpunkte fest aus, so bin ich überzeugt, daß die drohende Gefahr von außen der Verwirklichung unserer Wünsche nicht entgegen treten werde; man wird sich mehr und mehr von der Billigkeit unserer Ansprüche überzeugen. — Etwas besser ist es schon in der Sprache auswärtiger Blätter geworden. Jetzt liegt mir eben ein Artikel der „Times“ vor, der einen angenehmen Contrast bildet zu den Artikeln, wie wir sie bisher zu lesen gehabt haben, wo unter Anderem von der scandalösen Aufführung der deutschen Regierungen die Rede war. Galten wir also fest an dem Standpunkte, den wir hier eingenommen haben, und zweifeln wir nicht, daß das Handeln bald den Worten folgt. Möge aber auch im Volke das Vertrauen sich befestigen und die ruhige Haltung bewahrt werden. Es ist gut, gerade dem Auslande gegenüber gut, daß unser Volk nicht aufhört, seine Sympathien zu betheiligen; es ist gut, wenn man fortfährt, die Opferwilligkeit und Opferfreudigkeit auszusprechen; und wenn die und da auch ein abentheuerlicher Gedanke unterläuft, so ist das in solchen Augenblicken allgemeiner Begeisterung nicht zu vermeiden. Allein man vergesse auch nicht, daß die deutschen Fürsten, wenn sie etwas erreichen sollen, das deutsche Volk hinter sich haben müssen, daß aber, wenn das deutsche Volk sich zwischen seine Fürsten und die Feinde Deutschlands stellen wollte, dann für die Fürsten eine andere traurige Aufgabe sich ergeben würde, der sie sich aber nicht entziehen könnten, und wobei nur die Feinde Deutschlands am meisten sich freuen würden. Ich hoffe, meine Herren, daß in Sachsen das Verhältniß so fortbestehen werde, daß der Fürst voran dem Volke geht und das Volk hinter ihm steht, ich hoffe, daß Sachsen dabei bleibt und daß man später sagen wird, Sachsens Regierung habe ihre Schuldigkeit gethan.“

Oldenburg, 1. Dez. [Gegen Christian IX.] Bei uns sind durch Ministerial-Erlaß vom 28. v. M. die großherzoglichen Behörden angewiesen, da der deutsche Bund den Regierungsantritt des Königs Christian IX. von Dänemark in Beziehung auf die Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg noch nicht anerkannt, auch der Großherzog gegen denselben Verwahrung einzulegen sich habe bezogen finden müssen — im geschäftlichen Verkehr mit den im Namen des Königs Christian IX. dort factisch fungirenden Behörden alles zu vermeiden, woraus eine Anerkennung könne gefolgert werden; insbesondere hätten sie sich statt der Prädicats „Königlich“ und „herzoglich“ der sonst üblichen Bezeichnungen zu bedienen. (Wef. Z.)

Bamberg, 1. Dezbr. [Eintritt in die schlesw.-holst. Armee.] Herrn v. Künzberg-Mandel sind in Folge eines Aufrufs bereits 122 Anmeldeungen zum Eintritt in die zu bildende schleswig-holstein'sche Armee zugegangen. Er wird sich nun selbst nach Gotha begeben, um Instruktionen zu erhalten und sich vom weiteren Stande der Dinge zu überzeugen. (N. A.)

Oesterreich.

Wien, 4. Dez. [Die Reiberg'sche Beantwortung der Interpellation in größerer Ausführlichkeit.] In der eben stattfindenden Sitzung des Abgeordnetenhauses beantwortet Graf Reiberg die Interpellation Reibauers. Er giebt eine ausführliche Darstellung der Sachlage, äußert sich befriedigt über das Einverständnis mit Preußen und bezeichnet folgende Gesichtspunkte als leitend für beide

deutsche Mächte. Der londoner Vertrag habe für seine Teilnehmer bestimmte völkerrechtliche Verbindlichkeiten begründet, mit welchen sie sich auch in ihren Abstimmungen am Bunde nicht in Widerspruch setzen dürfen. Im Verhältnisse zwischen Deutschland und Dänemark bilde aber der londoner Vertrag mit den vorausgegangenen Stipulationen ein Ganzes, und wenn Dänemark den Vertrag anrufe, so könnten Oesterreich und Preußen antworten, daß Dänemark vorher die Voraussetzungen des Vertrages zu erfüllen habe. Christian IX. habe seine Regierung mit einem offenen Bruch jener Stipulationen begonnen; daher hätten Oesterreich und Preußen für Suspension der holstein'schen Stimme am Bunde und schleunigste Ausführung des Executions-Beschlusses gestimmt. Daß die Execution eine Anerkennung in sich schließe, sei nicht stichhaltig. Die Erfolgsfrage bleibe vollkommen vorbehalten. Mit dem in Kopenhagen herrschenden, die Rechte und das Selbstgefühl Deutschlands verletzenden Systeme müsse entschieden Abrechnung gepflogen werden, damit von Mißachtung verfassungsmäßiger unter dem Schutze des Bundes stehender Rechte nicht mehr die Rede sein könne. Oesterreich'sche Truppen ständen bereit, auf das erste Wiso von Frankfurt an die Unterelbe abzurücken. Für ein gewaltthames Eingreifen in die Erfolgsfrage könne dagegen Oesterreich keine Verantwortlichkeit übernehmen. Es erkenne an, daß der Bund, welcher dem londoner Vertrage nicht beigetreten, diese Frage zu prüfen habe; aber dieselbe sei nach allen Richtungen hin bestritten. Ein Zurückgreifen auf den Rechtsstandpunkt vor dem londoner Vertrage sei in seinen Folgen für Deutschlands Interessen nicht zu übersehen; und einer Execution müsse ein Richterspruch vorhergehen. Lauenburgs Zugehörigkeit zur dänischen Krone sei unantastbar. Es sei nicht zu übersehen, daß die Naberberechtigten in Dänemark und der dänische Reichsrath der Erbfolge der glücksburger Linie nur in der Voraussetzung, daß diese Erbfolge die ganze Monarchie zusammenhalten werde, zugestimmt hätten, daß die augustinburg'schen Fürsten in ihren Protesten ihre Erbrechte nicht bloß auf Schleswig-Holstein, sondern auf alle oldenburg'sche Lande gewahrt hätten. Graf Reiberg erklärt schließlich, Oesterreich sei entschlossen mit Preußen zusammen zu gehen, Recht und Vertrag auch in dieser Frage zu achten und innerhalb der Grenzen des Rechtes für die Interessen Deutschlands und deutscher Stammesgenossen mit aller Macht einzustehen. (Die vorstehende Depesche gebrauchte zur Zurücklegung des Weges von Wien nach Berlin fünf Stunden.)

Krakau, 1. Dez. [Regierungs-Maßregeln.] Auffallend ist eine Maßregel, von der Krakau betroffen wurde, daß nämlich gewisse Straßen und Plätze, wie die Grodzkergasse, der Ringplatz und die Weichselgasse starke Einquartierungen erhielten; in jedem Hause sind wenigstens 5 Soldaten. Mehrere Hauseigenthümer, die die ihnen zugewiesenen Soldaten auf eigene Kosten in andern Häusern unterbringen wollten, soll bedeutet worden sein, daß die einmal verhängte Einquartierung in den betreffenden Häusern verbleiben müsse; nicht ohne Bedeutung dürfte es bei dieser Maßregel vielleicht gewesen sein, daß sich in der Weichselgasse die Landeshauptkassas befindet. Ferner erzählt man, es sei dem gesammten Beamtenstande ein Erlaß zugekommen, wonach die Beamten in dieser kritischen Zeit nochmals an ihren Eid der Treue erinnert, sie aufgefordert werden, ihren Pflichten gegen die Regierung nachzukommen, und dabei für entgegengelegte Fälle mit der ganzen Strenge des Gesetzes gedroht wird; andererseits aber würde sich der ergebene Pflichteifer einer besonderen Berücksichtigung und Beförderung zu erfreuen haben. (Presse.)

Dänemark.

*** Kopenhagen, 2. Dez.** [Erhöhte Kriegs-Aussichten.] — Contrahierung einer Staats-Anleihe. — Sonstiges. Die Kriegsbesorgnisse mehren sich mit jeder Stunde, und ich muß bekennen, daß auch ich nicht länger ein Fünfteln Hoffnung in die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Dänemark und Deutschland setze. Die gestern erfolgte Rückreise des allerhöchst hieher berufenen Grafen Reventlow-Criminil und des Barons Karl von Scheel-Plessen hat eben meine letzte Hoffnung zertrümmern müssen, weil auf die Weise der letzte Versuch rücksichtlich der gebotenen interimistischen Ausöhnung zwischen der dänischen und der deutschen Nationalität gescheitert ist. Allerdings wird mir andererseits berichtet, daß der Präsident des holstein'schen Landtags, Hr. v. Plessen, König Christian dem Reuten in dem letzten Augenblicke seines Hierseins gelobt, nöthigenfalls dem Wohle der dänischen Gesamt-Monarchie seine Kräfte spenden zu wollen, allein dies hat in Anbetracht der hochernsten Eventualitäten, denen wir entgegenstehen, meines Erachtens sehr wenig zu bedeuten. Oder will man etwa in der Vorlage an den Reichsrath, welche augenblicklich von dem Finanzminister Fenger vorbereitet wird und in der von der Contrahierung einer dänisch-schleswig'schen Staatsanleihe zum Betrage von 11 Millionen Thalern (3% Mill. sollen sofort, 7% Millionen je nach den Umständen später in Gebrauch gezogen werden) die Rede ist, ein dänisches Friedenszeichen erkennen, oder aber die Aufforderung des Kriegsministers Lundbye, welche heute zum Zwecke der Gewinnung von Hilfs-Intendanten, Magazin-Verwaltern, Lazareth-Verwaltern, Bäckern, Schmieden u. s. w. für die Armee erlassen worden ist, so ausdeuten? Ich glaube schwerlich, und wenn ich dann noch hinzusetze, daß alsbald auf der Elbe und auf der Eider dänische Kriegsfahrzeuge kreuzen werden, um einen Feind aus dem Süden abzuwehren und in seinem Vordringen gen Norden zu beeinträchtigen, an der Elbe wohl auch, um eine eventuelle Blockade zu vollziehen, so wird sicherlich jegliche Friedenshoffnung hinschwinden müssen. — Dem Reichsrath ist heute wiederum eine Sammlung auf die Entwicklung der deutsch-dänischen Streitfrage bezüglichen Aktenstücke mitgetheilt worden, doch ist darin nur eine Depesche neuesten Datums, nämlich die Circular-Depesche des Herrn v. Bismarck an den Herrn v. Balan dahier vom 20. v. Mts., in welchem Schriftstück gegen die regierungsseitig angebahnte Einverleibung des Herzogthums Schleswig in das eigentliche Königreich Dänemark Protest erhoben und an die entgegengelegten Verpflichtungen der dänischen Regierung aus den Jahren 1851-52 erinnert wird. — Die tgl. preussische Kutterbrigg „Musquito“ ist gestern, aus dem Norden kommend, hier vorbeisafirt. — Die amtliche „Berlingsche Zeitung“ dementirt nach offizieller Mittheilung die Meldung der stettiner „Ostsee-Zeitung“, betreffend den Ankauf der beiden conföderirten Widderschiffe, welche bekanntlich in England mit Beschlag belegt worden sind, für Rechnung der preussischen Regierung.

Russland.

St. Petersburg, 1. Dez. [Sendung nach Dänemark.] Wie ich soeben höre, geht Herr Staatsrath von Ewers, vom Ministe-

U r r u h e n i n W o l e n .

U m e r i f a.

Meteorologische Beobachtungen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 4. Dezember 1863.